

## Inhalt

### Frauen- und Mädchenpolitik

„Ob Wahlentscheidungen durch das Geschlecht der Kandidat*innen beeinflusst werden?“ .....	2
Es mehren sich Zweifel, ob eine Paritätgesetzgebung grundgesetzvertretlich wäre.....	2
„Ziel Parität“ – SPD unterstützt fraktionsübergreifende Wahlrechtsreform-Initiative .....	2
„Parität ist Selbstverständlichkeit“ – DGB unterstützt Anläufe zu Paritätsgesetzen .....	3
„Die Änderungen am § 219a StGB dürfen nicht die finale Lösung bleiben“ .....	3
BPK: „Die männliche Sprachform soll auch weiterhin für alle Geschlechter gelten“ .....	3
„Digitalisierung bringt Frauen keine Gleichstellung bei Löhnen – im Gegenteil“ .....	3
Die neue EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	4
HPV-Impfung: Nutzen und Schaden bleiben umstritten .....	4
Prominente machen beim Gender-Bashing mit .....	5
„Bei Einführung des Frauentags als Feiertag wurde gegen die Bevölkerung entschieden“ .....	6
Insgesamt leben rund 42,1 Millionen Frauen in Deutschland - ca.50,6% der Bevölkerung .....	6
„Das Steuerrecht benachteiligt Frauen, während Männer von ihm profitieren“ .....	6
Studie zu den psychischen Folgen von Abtreibungen mit Kosten-Rekord .....	7
Frauenministerin will quotenpflichtigen Unternehmen mit Sanktionen Beine machen.....	7
Katholische Frauenverbände fordern eine frauengerechte zu erneuernde Kirche .....	7
Große Gehaltsunterschiede – bis zu 34% weniger für Hochschulabsolventinnen .....	7
Bund fördert Durchsetzung und Stärkung des Diskriminierungsschutzes .....	7
„Mehr Frauen wünschen stärkere Beteiligung an der Erwerbsarbeit der Familie“ .....	8
„Immer mehr Frauen in Deutschland leben von der eigenen Erwerbstätigkeit“ .....	8
Frauenanteil in der Floristik 93 Prozent, in der Körperpflege 87 Prozent.....	8
Manifest gegen Mutterschaft .....	8

### Gewalt gegen Frauen

„Es gibt einen Stillstand bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ .....	10
Gewalt gegen Frauen und Mädchen.....	10
Neue Adressdatenbank des bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ .....	10

### Tipps & Termine

Katrin Wilkens: Mutter schafft! Es ist nicht das Kind, das nervt, es ist der Job, der fehlt .....	11
---	----

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an [info@frauenbueros-nrw.de](mailto:info@frauenbueros-nrw.de) – Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

gefördert vom  
Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Bau und Gleichstellung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



**„Ob Wahlentscheidungen durch das Geschlecht der Kandidat\*innen beeinflusst werden?“**

„Zur Fragestellung, ob und in welchem Maße die Wahlentscheidungen von Männern und Frauen dadurch beeinflusst werden, ob ein Mann oder eine Frau kandidiert, liegen keine aktuellen, belastbaren Forschungen vor.“ Dies antwortete die Bundesregierung (19/7487) der FDP-Bundestagsfraktion, die sich erkundigt hatte, ob „aus Sicht der Bundesregierung in den bisherigen Wahlen zum Deutschen Bundestag das Geschlecht ein maßgebliches Kriterium für die Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler gewesen sei (19/7059). Wahlentscheidungen seien, wie die politikwissenschaftliche Forschung aufzeige, eher „auf ein komplexes Motivbündel zurück zu führen“. Die FDP hat auch wissen wollen: „Gibt es aus Sicht der Bundesregierung Defizite in der Gesetzgebung, die sich darauf zurückführen lassen, dass deutlich weniger Frauen als Männer Abgeordnetenmandate im Deutschen Bundestag innehaben?“ Die Antwort lautet: „Der Bundesregierung liegen dazu keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vor. Die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern, vor allem aus dem skandinavischen Raum, zeigen aber, dass vergleichsweise höhere Frauenanteile in den Parlamenten auch dazu führen, dass in den gesetzgeberischen Prozessen der Blick generell ausgeweitet wird und Genderaspekte angemessener berücksichtigt werden.“



(fpd 13.03.19)

**Es mehren sich Zweifel, ob eine Paritätgesetzgebung grundgesetzverträglich wäre**

Die Erwartung des Deutschen Juristinnenbundes (djb), dass die „herrschende Staatsrechtslehre“ einem Paritätgesetz „hauptsächlich mit Bedenken begegnen“ werde, hat sich inzwischen bewahrheitet. „Erhebliche Zweifel“, dass das Brandenburger Paritätgesetz und die entsprechenden Vorstöße für den Bundestag verfassungsgemäß sind, hat der bekannte Politikwissenschaftler und Parteienforscher, Prof. Oskar Niedermayer, angemeldet. Nach juristischer Mehrheitsmeinung müssten sowohl die Wähler als auch die Parteien „frei darin sein, welche Personen sie zur Wahl stellen und welche sie wählen“. Für Günter Krings, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), ist das Potsdamer Gesetz sogar „offensichtlich verfassungswidrig“. Demokratie, so der langjährige Justiziar der Unionsfraktion, vollziehe sich, „vom Volk über die Parteien hin zum Staat und nicht umgekehrt“. Das Problem des Frauenmangels in Parlamenten lasse sich „nur innerhalb der Parteien lösen und nicht durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen“, erklärte er. Krings, der in seiner Fraktion die Richterwahlvorschläge für die obersten Bundesgerichte koordiniert, gilt dort in Rechtsfragen als höchst einflussreich. Seine eigene Kandidatur zum Richter am Bundesverfassungsgericht war von den Grünen verhindert worden.

**Zurück zur Ständegesellschaft**

Wenn den Frauen ein Abgeordneten-Deputat gesetzlich zugestanden werde, könnten auch andere gesellschaftliche Gruppen entsprechende Forderungen auf anteilige Repräsentation stellen, so der Politikwissenschaftler Prof. Heinrich Oberreuter. Für den ehem. Direktor der Politischen Akademie Tutzing wäre dies der „Weg zurück in die Ständegesellschaft“. Jede und jeder Abgeordnete, so argumentiert Oberreuter, sei „Vertreter des ganzen Volkes, unabhängig vom eigenen Geschlecht“. Mit dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Hans-Jürgen Papier, hat auch ein namhafter Staatsrechtler Zweifel zum Ausdruck gebracht, dass ein Paritätgesetz grundgesetzverträglich sei. Seine Bedenken haben insofern ein besonderes Gewicht, als Papier in seinem Gutachten zur Gleichstellungsgesetzgebung in NRW Frauenquoten in der Landesverwaltung für verfassungsrechtlich zulässig erachtet hatte.

(fpd 13.03.19)

**„Ziel Parität“ – SPD unterstützt fraktionsübergreifende Wahlrechtsreform-Initiative**

Die SPD unterstützt die fraktionsübergreifenden Bemühungen von Frauenpolitikerinnen, den Frauenanteil im Rahmen einer Wahlrechtsreform durch entsprechende rechtliche Vorgaben zu erhöhen. Ein Frauenanteil von derzeit knapp 31 Prozent sei „ein Unding“, erklärte die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles. Deshalb werde jetzt „überparteilich über gesetzliche Maßnahmen diskutiert“. Gegenüber der „Rheinischen Post“ sagte sie: „Unser Ziel ist die Parität. Denn die Hälfte der Welt gehört den Frauen – und damit auch die Hälfte der Parlamentssitze.“ Auch Bundesfrauenministerin Franziska Giffey (SPD) bekundete Unterstützung. Gegenüber dem

Redaktionsnetzwerk Deutschland betonte sie, die Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik müssten verbessert werden. Dabei könne „das Wahlrecht ein wichtiger Hebel sein“.



(fpd 13.03.19)

### „Parität ist Selbstverständlichkeit“ – DGB unterstützt Anläufe zu Paritätsgesetzen

„Parität ist eine Selbstverständlichkeit, die uns Frauen verwehrt wird“, erklärte die stv. Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, anlässlich der Vorstellung eines von der Hans Böckler-Stiftung herausgegebenen Buches („Wir haben die Wahl!“) in Berlin. In dem Buch berichten 100 Frauen „über Ihre Erfahrungen in einer immer noch von Männern dominierten Welt“. Hannack erklärte, sie betrachte „die patriarchalen Strukturen in Deutschland mit Sorge“. In der Wirtschaft, aber besonders in der Politik sei „die Gleichstellung von Männern und Frauen noch lange nicht angekommen“. „Mit Blick auf die anstehende Wahlrechtsreform der Bundestagswahl“, so die stv. Vorsitzende des DGB, seien jetzt Zeit und Gelegenheit gekommen, die Parität endlich einzuführen. Die vormalige Bundesfrauenministerin Rita Süßmuth (CDU) sagte auf derselben Veranstaltung: „Die Quote von 30 Prozent war nur ein Trippelschritt, wir brauchen die Parität.“

(fpd 13.03.19)



### „Die Änderungen am § 219a StGB dürfen nicht die finale Lösung bleiben“

Scharfe Kritik am Kompromiss von Union und SPD zur Neufassung des § 219a Strafgesetzbuch übt die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes (TdF). Die Änderungen mit der grundsätzlichen Beibehaltung des ärztlichen Verbots, detailliert über die Angebote zu Schwangerschaftsabbrüchen zu informieren, dürften „nicht die finale Lösung bleiben“, erklärte die Bundesgeschäftsführerin von TdF, Christa Stolle. Wörtlich: „Die Änderung zementiert den Gedanken, dass weiterführende Informationen von ÄrztInnen über einen Schwangerschaftsabbruch Werbung sei. Damit wird jede Frau, die sich selbstbestimmt informieren möchte, bevormundet. Die einzig akzeptable Lösung ist die Streichung des § 219a.“

(fpd 13.03.19)



### BPK: „Die männliche Sprachform soll auch weiterhin für alle Geschlechter gelten“

Die Mitgliederversammlung der Bundespressekonferenz wird am 11. März über eine Satzungsänderung abstimmen, nach der § 18 um eine „Gender-Klausel“ ergänzt werden soll, die festgelegt, dass „weiterhin allgemein die männliche Sprachform verwendet werden soll. In der Klausel heißt es wörtlich: „In dieser Satzung wird für alle Amtsinhaber und sonstige handelnden Personen ausschließlich die männliche Sprachform verwendet. Hierin soll keine Bevorzugung des Männlichen und keine Diskriminierung des Weiblichen oder Andersgeschlechtlichen zum Ausdruck kommen. Die gewählte Fassung dient allein der besseren Übersichtlichkeit des Textes und damit einer leichteren Verständlichkeit seines Inhalts.“ In der Beschlussvorlage heißt es weiter: „Die die Satzung beschließende Mitgliederversammlung bekennt sich ausdrücklich dazu, dass jedes vorstehend beschriebene Amt auch von einer Frau oder einer Person, die sich weder als Mann oder Frau definiert, ausgefüllt oder mit ihr besetzt werden kann.“

(fpd 13.03.19)



### „Digitalisierung bringt Frauen keine Gleichstellung bei Löhnen – im Gegenteil“

„Die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitsprozesse verringert tendenziell die Chancen von Frauen, bei Gehältern und Berufskarrieren zu den Männern aufzuschließen.“ Dies berichtete die „Rhein-Zeitung“, gestützt auf „Daten zur Arbeitszeit-, Gehalts- und Branchenentwicklung des Statistischen Bundesamtes und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit“. Die Bundesregierung habe diese Daten in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linken im Bundestag (19/7204) („Soziale Auswirkungen von Arbeit 4.0 auf Frauen und die Geschlechtergerechtigkeit“) ausgewertet. Demnach seien die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen besonders hoch in den bereits stark digitalisierten Branchen wie der IT, während sie in Branchen mit geringeren Qualifikations-

anforderungen und einem weit höheren Frauenanteil, wie im Handel und Gastgewerbe, deutlich geringer ausfielen. Zudem seien „Frauen in den 10 vom IAB identifizierten Branchen mit den künftig höchsten Wachstums- und Erwerbspotenzialen durch Digitalisierung unterrepräsentiert.“

#### Männer arbeiten tendenziell länger

Wesentliche Erkenntnisse der Auswertung des neuen Datenmaterials lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Annahme der Arbeitsmarktforschung, die Digitalisierung werde den Frauen eher helfen, bei den Gehältern und der Berufskarriere aufzuschließen, weil die digitale Arbeitswelt den sozialen Kompetenzen von Frauen und ihren Bedürfnissen nach flexibleren Arbeitszeiten besser entspreche, hat sich bisher nicht bestätigt.
- Flexiblere, in höherem Maß selbstbestimmte Arbeitszeiten werden von Männern „tendenziell genutzt, um länger zu arbeiten und mehr zu verdienen“. Frauen nutzen die Möglichkeit zu längerer Arbeit weniger, was auf den hohen Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen zurückzuführen ist.
- Der bisherige Digitalisierungsprozess hat nicht zu einer Verringerung des in Deutschland nach wie vor bei rd. 20% liegenden unbereinigten Gender Pay Gap beigetragen. Die Unterschiede in speziellen Branchen lassen eher auf eine gegenteilige Entwicklung schließen. So lag der Gender Pay Gap in der IT- und Kommunikationsbranche 2017 bei 33 bzw. 38%.

(fpd 13.03.19)



#### Die neue EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Als „riesigen Schritt in der Gleichstellungspolitik“ hat die dbb bundesfrauenvertretung die neue EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (COM(2017)253) begrüßt. Die Richtlinie ersetze die EU-Mutterschutzrichtlinie und die Rahmenvereinbarung der Sozialpartner über Elternurlaub und biete „verbesserte Standards für Elternzeiten“. In einigen Punkten gehe die Richtlinie sogar „über deutsche Standards hinaus“. Der sogenannte Vaterschaftsurlaub gelte künftig auch für unverheiratete und gleichgeschlechtliche Paare und sei „gleichstellungspolitisch vorbildhaft“. Die neue EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei eine „Richtlinie ohne Wirkung“, heißt es in einer Stellungnahme des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Für Deutschland habe sie „kaum spürbare Auswirkungen“, denn hier gebe es „bereits viele Gesetze und Rahmenregelungen, die Eltern dabei helfen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.“ Auch löse die neue Richtlinie „nicht das Hauptproblem, das viele Familien hierzulande haben: Es fehlen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und pflegebedürftige Angehörige.“ Zudem habe sie „noch mehr Webfehler“, denn sie vermenge „frauenpolitische und gleichstellungspolitische Ziele“.

(fpd 13.03.19)



#### HPV-Impfung: Nutzen und Schaden bleiben umstritten

Eine angesehene Forschungsinstitution hatte die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs für wirksam erklärt. Doch die Studie genügt wissenschaftlichen Kriterien nicht.

Eine Meta-Studie der «Cochrane Collaboration» kam letztes Jahr zum Schluss, dass die HPV-Impfung «mit hoher Sicherheit» spätere Erkrankungen am Gebärmutterhalskrebs vermeidet. Diese Studie spaltete die Vereinigung von Fachleuten aus Medizin und Forschung aus mehr als 130 Ländern. Die Kritiker warfen etlichen Autoren der Studie vor, für Institutionen zu arbeiten, welche Geld von den Impfstoffherstellern erhalten. Sie zeichneten insgesamt ein zu positives Bild der HPV-Impfung.

#### Bisher geheime Dokumente ausgewertet

Jetzt erhalten die Kritiker Bestätigung von drei Westschweizer Autorinnen und Autoren, die bisher unveröffentlichte Dokumente der US-Zulassungsbehörde FDA auswerteten und die Quellen auf der Open-Source-Plattform Zenodo.org veröffentlichten. Dank des US-Öffentlichkeitsgesetzes («Freedom of Information Act») kamen die beiden auf HPV-Impfungen spezialisierten Westschweizer Journalistinnen Catherine Riva und Serena Tinari sowie der Lausanner Gynäkologe Jean-Pierre Spinosa in den Besitz bisher unveröffentlichter Dokumente der US-Zulassungsstelle FDA.

Mitte Dezember veröffentlichten sie ihre Schlussfolgerungen im «BMJ Evidence-Based Medicine»: Die Cochrane-Meta-Studie sei ungenügend konzipiert gewesen, nachträgliche

Analysen fälschlicherweise als Doppelblindstudie dargestellt und unpublizierte Daten nicht berücksichtigt worden. Schließlich hätten einige Autoren ihre Interessenkonflikte mit großen Geldgebern nicht deklariert.

#### Wirksamkeit und Risiken

2006 war die erste Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs zugelassen worden. Mittlerweile empfehlen Gesundheitsbehörden weltweit, junge Frauen zu impfen. In immer mehr Ländern gilt diese Empfehlung auch für junge Männer. Die hohen Kosten übernehmen vielerorts die Krankenkassen. Die Wirksamkeit und die langfristigen gesundheitlichen Risiken und Nebenwirkungen der Impfung sind bis heute umstritten.

([www.frauensicht.ch](http://www.frauensicht.ch))



### Prominente machen beim Gender-Bashing mit

Der Aufruf «Schluss mit dem Gender-Unfug» kritisiert geschlechtergerechte Sprache. Die Wortwahl ist verräterisch.

Den «Aufruf zum Widerstand» verfasst haben die Schriftstellerin Monika Maron, der Sprachkritiker Wolf Schneider, der frühere Lehrerverbandspräsident Josef Kraus und Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache (VDS). Auf dessen Webseite kann man den Aufruf unterzeichnen.

#### «Lächerliche Sprachgebilde»

Laut dem Aufruf gibt es zwischen dem biologischen und dem grammatischen Geschlecht «absolut keinen festen Zusammenhang». Geschlechtergerechte Sprache erzeuge «eine Fülle lächerlicher Sprachgebilde» wie «die Radfahrenden» und «die Studierenden». Der Duden wird kritisiert, weil er «Luftpiratinnen» und «Idiotinnen» als eigene Stichworte aufführt. Und: «Warum fehlt im Duden das Stichwort 'Christintum' – da er doch die Christin vom Christen unterscheidet?» Mit einem exotischen Beispiel will der Aufruf zeigen, dass eine gendergerechte Sprache nicht konsequent durchzuhalten sei: «Wie kommt der Bürgermeister dazu, sich bei den Wählerinnen und Wählern zu bedanken – ohne einzusehen, dass er sich natürlich 'Bürgerinnen- und Bürgermeister' nennen müsste?»

#### Stimmungsmache statt konstruktiver Vorschläge

Vorschläge als «lächerlich» zu disqualifizieren ist eine alte Taktik, um Forderungen von Frauen abzuservieren. Linguistik-Professorin Helga Kotthoff stellte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur klar, es sei nachgewiesen, dass ein männlicher Begriff wie Lehrer das Maskuline verstärke. «Es kann uns doch niemand erzählen, dass dann vor dem inneren Auge eine Lehrerin auftaucht.» Man müsse praktikable Lösungen finden, sagt Kotthoff. Doch darum gehe es im Aufruf nicht.

#### Hetze gegen Frauenrechte

Mit dem Begriff «Gender-Unfug» übernimmt der Aufruf die Sprache von Rechtspopulisten, die regelmäßig mit «Gender-Gaga» und «Gender-Wahnsinn» gegen Frauenrechte hetzen. Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch von der Freien Universität Berlin sagte der «Welt», der Verein Deutsche Sprache vertrete «deutschlandzentrierte reaktionäre Kulturvorstellungen» und suche Anschluss an rechtspopulistische Diskussionen. Der Aufruf führe «mit Vollgas» zurück in die Vergangenheit. «Vorwiegend ältere Herrschaften» sähen ihre Sprachgewohnheiten verletzt.

#### Prominente Unterzeichner

Etliche Prominente aus Kultur, Politik und Wirtschaft haben den Aufruf unterzeichnet. Zu den Erstunterzeichnern gehören der Philosoph Carl Friedrich Gethmann, Mitglied des Deutschen Ethikrates; der Kritiker Gerhard Stadelmaier; der Germanist Gert Ueding; die Autoren Rüdiger Safranski, Bastian Sick, Peter Schneider, Günter Kunert, Reiner Kunze; die Schriftstellerinnen Sibylle Lewitscharoff und Katja Lange-Müller; die Kabarettisten Dieter Nuhr und Dieter Hallervorden. Diese «respektablen Gelehrten und Persönlichkeiten» sind laut der «Süddeutschen Zeitung» in «trüber Gesellschaft». Zu den Erstunterzeichnern gehören nämlich auch der evangelikale Fernsehprediger Peter Hahne; der Publizist Rolf Stolz, der als islamfeindlich gilt und wiederholt vor einem rechten Publikum aufgetreten ist; die rechte Publizistin Cora Stephan; der rechte Publizist Roland Tichy; Ex-Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maassen, der unter anderem wegen Verschwörungstheorien vorzeitig in den Ruhestand gehen musste.

Praktikable Lösungen

Den Aufruf haben auch Personen aus der Schweiz unterzeichnet, wie der konservative Politiker Claudio Zanetti und der Unternehmer Werner Kieser. Der Aufruf blieb jedoch in der Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet. Jürg Niederhauser, Vizepräsident des «Schweizerischen Vereins für die deutsche Sprache», sagte gegenüber «20 Minuten», er teile zwar einige Bedenken des deutschen Aufrufs. Doch Sprache solle alle einschließen. Es gehe darum, Lösungen zu finden, die im Sprachalltag praktikabel seien. Man könne beispielsweise beide Formen nennen oder zwischen weiblicher und männlicher Form abwechseln.

[www.frauensicht.ch](http://www.frauensicht.ch)

**„Bei Einführung des Frauentags als Feiertag wurde gegen die Bevölkerung entschieden“**

Die Einführung des Internationalen Frauentags als gesetzlicher Feiertag in Berlin ist vom Berliner katholischen Erzbischof Heiner Koch mit Kritik bedacht worden. Im Radio Berlin-Brandenburg (rbb) sagte Koch, die Meinung der Bevölkerung zur Wahl des neuen Feiertags sei nicht berücksichtigt worden. Die meisten Berliner hätten sich in Umfragen für das Reformationsfest oder den 9. November „mit seinem so bedeutsamen und für uns alle wichtigen

Erinnerungsinhalten“ als zusätzlichen Feiertag ausgesprochen. Soviel „Basisdemokratie“ schein bei der rot-rot-grünen Koalition „wohl doch nicht gefragt, wenn sie gegen das eigene Wählerpotenzial geht“, so Koch in der rbb-Sendung „Wort des Bischofs“. Dass es „kein christlich begründeter Feiertag sein soll“, hätten „vor allem jene Kräfte energisch postuliert, die unbedingt einen nicht religiösen Feiertag forderten“, erklärte der Berliner Erzbischof.

(fpd 01.04.19)

**Insgesamt leben rund 42,1 Millionen Frauen in Deutschland - ca.50,6% der Bevölkerung**

„Insgesamt lebten Ende Oktober 2018 42,1 Millionen Frauen in Deutschland. Sie stellten damit 50,6 % der Bevölkerung unseres Landes. Das Geschlechterverhältnis zwischen Frauen und Männern hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr angeglichen.“ Dies gab das Statistische Bundesamt zum Weltfrauentag bekannt. Aus „methodischen Gründen“ sei ein Nachweis mit dem Geschlecht divers „derzeit nicht möglich“. – Ende 2018 lebten 4,7 Millionen Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland; das waren rund 47% der knapp 10,1 Millionen Ausländer\*innen, teilte Destatis weiter mit. Im Jahr 1970 habe der Frauenanteil „insbesondere bedingt durch den Zuzug von männlichen Gastarbeitern lediglich 38% betragen“. Bis 2011 habe sich das Geschlechterverhältnis weitgehend ausgeglichen und Frauen hätten knapp die Hälfte der 6,3 Millionen ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner gestellt. Seitdem, so heißt es weiter, habe sich das Verhältnis wieder zugunsten der Männer verschoben.

(fpd 01.04.19)

**„Das Steuerrecht benachteiligt Frauen, wahren Männer von ihm profitieren“**

„Frauen verdienen nicht nur weniger. Das Steuerrecht benachteiligt sie zusätzlich.“ Dies kritisiert die Leiterin der Kommission „Sozial- und Steuerrecht“ des Deutschen Juristinnen-bundes. Ulrike Spangenberg, in einem mit „Männer profitieren“ überschriebenen „Spiegel“-Interview (11/19). „Viele halten das Steuerrecht für neutral. Doch es spiegelt gesellschaftliche Normvorstellungen und politische Prioritäten wider. Die Lebensrealitäten von Frauen werden dabei oft vernachlässigt“, bemängelte die für das „Institut für gleichstellungsorientierte Prozesse und Strategien“ tätige Juristin. Als Beispiel verwies sie auf die niedrige Besteuerung der meist in Männerhand befindlichen Vermögen, wahren die Umsatzsteuer zum Nachteil der niedrigeren Einkommensgruppen, also der weniger verdienenden Frauen, „immer wieder angehoben“ worden sei. Auch die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge komme eher Männern zugute, weil Frauen meist in kleinen Betrieben ohne Betriebsrenten arbeiten. Gefragt, was der Gesetzgeber auf dem Weg zu einem für Frauen günstigeren Steuerrecht tun müsse, antwortete

Spangenberg: „Die Abschaffung des Ehegattensplittings oder zumindest der Steuerklasse V.“ Das Splitting zementiere die „Hausfrauenehe“ und halte „Frauen von der Arbeit ab“.

(fpd 01.04.19)



### Studie zu den psychischen folgen von Abtreibungen mit Kosten-Rekord

Die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn geplante und mit 5 Millionen Euro dotierte Studie über die psychischen Langzeitfolgen von Abtreibungen bei den betroffenen Frauen würde nach Angaben des Haushaltsausschusses des Bundestags der teuerste Forschungsauftrag des Ministeriums der vergangenen 10 Jahre. Die haushaltspolitische Sprecherin der Linken, Gesine Löttsch, habe das Studienprojekt einen „Fall für den Bundesrechnungshof“ genannt, berichtete der „Spiegel“. Das Magazin meldete auch, dass sich bis Anfang März bereits 75.000 Menschen in einer Online-Petition gegen den Studienauftrag gewandt hätten.

(fpd 01.04.19)



### Frauenministerin will quotenpflichtigen Unternehmen mit Sanktionen Beine machen

Weil viele Unternehmen sich nicht um die Einhaltung der gesetzlichen vorgegebenen Frauenquoten scheren, will Bundesfrauenministerin Franziska Giffey ihnen mit Sanktionen Beine machen. 81 % der quotenpflichtigen Betriebe hätten bei der Zielsetzung, wie viele Frauen Vorstandsposten erhalten sollen, entweder keine Angaben gemacht oder ‚null‘ als Ziel gemeldet, so die Ministerin gegenüber dem „Handelsblatt“. Dies bedeute für sie, dass „mehr Druck“ ausgeübt werden müsse. Wörtlich sagte die Ministerin: „Das heißt auch angemessene Sanktionen, die nicht nur symbolischen Charakter haben. Von allein bewegt sich zu wenig.“

(fpd 01.04.19)



### Katholische Frauenverbände fordern eine frauengerecht zu erneuernde Kirche

Ein „JA zu den Frauen“ haben die katholischen Frauenverbände von den deutschen Bischöfen gefordert. In einem gemeinsamen Aufruf an die Deutsche Bischofskonferenz erklären die Katholische Frauengemeinschaft Deutschland (kfd) und der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), die Frauen hätten „die Nase voll von Schönwetterpolitik und leeren Worten, davon in der Warteschleife zu hängen“. Sie wollten „etwas tun, Dinge anpacken, und zwar auf ihre Art“. Es sei „enttäuschend und verletzend, dass Frauen weiterhin benachteiligt werden“. Beide Verbände machten sich weiterhin „gemeinsam für die Anliegen von Frauen und für eine geschlechtergerechte Kirche stark“.

(fpd 01.04.19)



### Große Gehaltsunterschiede – bis zu 34% weniger für Hochschulabsolventinnen

Anhaltend große geschlechtsbedingte Gehaltsunterschiede bis zu 34 % hat eine von der Frauenbeauftragten der Hochschule für angewandte Wissenschaften in München veranlasste Befragung von Absolventinnen und Absolventen der Fakultät für Wirtschaftsingenieurwesen ergeben. Der durchschnittliche Gender Pay Gap habe 28 % betragen, bei Berücksichtigung von Boni und Zulagen sei eine Gehaltslücke von 34 % festgestellt worden. Im Bericht der Hochschul-Frauenbeauftragten zur Befragung heißt es, die Rückmeldungen der Absolvent\*innen offenbarten „eine signifikante Ungleichbehandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt“.

(fpd 01.04.19)



### Bund fördert Durchsetzung und Stärkung des Diskriminierungsschutzes

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) fördert 2019/2020 Projekte zum Thema „Partnerschaften für einen diskriminierungsfreien Arbeitsmarkt stärken – Kräfte bündeln“. Förderfähig sind nach Mitteilung der ADS z.B. „präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen wie z.B. sexueller Belästigung im Arbeitsleben“ oder „Maßnahmen zur

Unterstützung von Betroffenen von Benachteiligungen im Arbeitsleben“ oder „neue Wege der Beratung zur Bekämpfung von Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf“. Die maximale Fördersumme für ein Projekt liegt bei 100.000 Euro. Anträge auf Projektförderung können bis zum 15. April 2019 gestellt werden. Info: [www.antidiskriminierungsstelle.de](http://www.antidiskriminierungsstelle.de)

(fpd 01.04.19)



### „Mehr Frauen wünschen stärkere Beteiligung an der Erwerbsarbeit der Familie“

Es sei „immer öfter ein erklärter Wunsch von Frauen, sich stärker an der Erwerbsarbeit der Familie zu beteiligen“, zumal „weibliche Bewerberinnen mittlerweile über gleiche oder höhere Bildungsabschlüsse und Qualifikationen verfügen wie die männlichen Mitbewerber“, hat das Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (FFP) (Münster) mitgeteilt. Weiter wörtlich: „Dennoch: Weniger als ein Drittel der Jobs mit Personalverantwortung in deutschen Unternehmen werden von Frauen besetzt. Dabei bleibt viel Führungspotenzial ungenutzt. Höchste Zeit, dass sich daran etwas ändert.“

(fpd 01.04.19)



### „Immer mehr Frauen in Deutschland leben von der eigenen Erwerbstätigkeit“

„Immer mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2017 bestritten rund 72% der 25- bis 54-jährigen Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer eigenen Erwerbstätigkeit,“ hat das Statistische Bundesamt ermittelt. Dieser Anteil habe vor 10 Jahren noch bei 65% gelegen. In der Altersgruppe der 55-64-Jährigen sei „eine noch eindeutige Veränderung zu sehen“. Der Anteil der Frauen im Jahr 2007 habe noch bei 36% gelegen, sei aber bis 2017 auf 57% angestiegen.

(fpd 01.03.19)



### Frauenanteil in der Floristik 93 Prozent, in der Körperpflege 87 Prozent

Im Jahr 2017 waren rund 35 % der Selbstständigen im Alter von 25 bis 54 weiblich, hat das Statistische Bundesamt im März 2019 mitgeteilt. Die höchsten Anteile weiblicher Selbstständiger gab es in den Berufen der Floristik (93 %), der Körperpflege (87 %) und der Erziehung/ Sozialarbeit (87 %). „In etwa ausgeglichen“, so das Bundesamt, sei das Geschlechterverhältnis in den Bereichen Redaktion und Journalismus (52 %). In der Mitteilung heißt es wörtlich: „Am unteren Ende liegt der Frauenanteil unter den Selbstständigen in den Berufen der Land- und Tierwirtschaft. Dieser Beruf lediglich 15 %“.

(fpd 01.03.19)



### Manifest gegen Mutterschaft

Der Staat soll nicht Mütter fördern, sondern kinderfreie Frauen, schreibt eine Gymnasiallehrerin. Die Meinungen gehen diametral auseinander.

Kinder sind für die Umwelt eine grosse Last und benachteiligen Frauen auf vielfältige Weise, schreibt Verena Brunschweiler in ihrem Buch «Kinderfrei statt Kinderlos – ein Manifest». Mit dem Begriff «kinderfrei» bezeichnet sie Frauen, die einen reflektierten Entscheid gegen ein eigenes Kind getroffen haben. «Kinderlos» hingegen sind Frauen, die nicht schwanger werden können, obwohl sie das möchten.

#### Egoistische Eltern

Einige Thesen der deutschen Autorin:

- Die meisten Eltern haben eigene Kinder aus egoistischen Gründen. Falls dies nicht der Fall wäre, könnten sie ein Kind adoptieren oder sich um ein Pflegekind kümmern.
- Frauen lassen sich einreden, dass Kinder zu ihrem Lebensglück gehören. Sie ordnen sich damit den Ansprüchen einer patriarchalen Bevölkerungspolitik unter. Brunschweiler schreibt von «Gehirnwäsche».
- Die Kosten für Kinder wollen Eltern nicht selber tragen. Sie erwarten, dass Kinderfreie sie finanziell unterstützen.



- Kinder sind eine große Belastung für die Umwelt. Man sollte deshalb darauf verzichten, Kinder auf die Welt zu stellen. Wer es trotzdem tut, sollte vom Staat nicht noch dafür belohnt werden. Im Gegenteil: Der Staat soll kinderfreie Frauen fördern, meint die Gymnasiallehrerin und wirbt für einen Vorschlag der Nachhaltigkeits-Organisation «Club of Rome»: Im Alter von 50 Jahren sollen Frauen ohne Kinder 50'000 Euro für verantwortungsbewusstes Handeln erhalten (57'000 Franken).

### Im Netz heftig angegriffen

In Zeitungsinterviews kritisierte Brunschweiger, dass sich nur kinderfreie Frauen für ihre Lebensweise rechtfertigen müssen, aber nicht Mütter. «Die ganze Kultur ist darauf ausgerichtet, Kinder zu wollen», sagte sie im «Kurier». Sie möge zwar Kinder, wolle aber deshalb keines auf die Welt stellen. Für diesen Entscheid wolle sie nicht «gedisst» werden. Brunschweiger hat mit ihren Äußerungen eine Kontroverse ausgelöst. In den sozialen Medien warfen ihr Kritiker Egoismus vor. Ihre Thesen seien menschenfeindlich. Andere pflichteten ihr bei. Mutterschaft müsse nicht das Lebensziel von Frauen sein.

### «Regretting Motherhood»

Vor ein paar Jahren gab es schon einmal eine hitzige Debatte über Mutterschaft. Anlass war eine Befragung, welche die Soziologin Orna Donath unter dem Titel «[Regretting Motherhood](#)» (Die Mutterschaft bereuen) veröffentlichte. Alle Befragten hatten Kinder. Und alle sagten, diese zu lieben, nicht aber ihre Mutterrolle. Im Nachhinein bereuten sie, Mutter geworden zu sein.

*([www.frauensicht.ch](http://www.frauensicht.ch))*

### „Es gibt einen Stillstand bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“

„Die Aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamtes sprechen eine eindeutige Sprache. Sie zeigen einen Stillstand bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.“ Dies erklärte Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, mit dem Hinweis, dass 2017 insgesamt 113.965 Frauen von Partnerschaftsgewalt betroffen gewesen seien. Zudem müsse weiterhin von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da häusliche Gewalt in Deutschland noch immer tabuisiert werde. Die Plätze in Frauenhäusern reichten aber „leider immer noch nicht aus, um betroffenen Frauen in akuten Notsituationen Schutz vor körperlicher, seelischer oder sexueller Misshandlung zu bieten“. Loheide erinnerte daran, dass sich Deutschland mit der bereits am 1. Februar 2018 in Kraft getretenen Istanbul-Konvention verpflichtet habe, „für leicht zugängliche Schutzunterkünfte in ausreichender Zahl zu sorgen“. Wörtlich sagte sie: „Jede Frau muss einen Anspruch auf Schutz und Beratungsleistungen haben, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsort und Aufenthaltsstatus oder gesundheitlicher Einschränkung und Behinderung. Die Diakonie fordert deshalb einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt sowie ein Bundesgesetz mit entsprechenden Regelungen.“

(fpd 01.03.19)



### Gewalt gegen Frauen und Mädchen

#### Eine «Beziehungstat»? Sicher nicht.

Barbara Marti / 21. Mär 2019 - Statt von «Mord» reden Medien von einer «Beziehungstat». Damit schieben sie dem Opfer eine Mitschuld zu. Ob Tagesschau auf SRF oder ARD, ob «Welt», «Tagesspiegel», «Neue Zürcher Zeitung» oder «Tages-Anzeiger»: Alle übernahmen nach der Schießerei in Utrecht unkritisch den Ausdruck «Beziehungstat», den die holländische Polizei benutzte. Unabhängig vom Motiv des Täters: Mord und Totschlag dürfen nicht zur «Beziehungstat», zum «Familiendrama», zur «Eifersuchtstat» und schon gar nicht zum «Ehrenmord» werden. Denn auf diese Weise schieben Medien dem Opfer eine Mitschuld zu.

#### Einzelfall-Schilderungen verschleiern die Verbreitung dieser Gewalttaten

Gewalt von Partnern und Ex-Partnern ist die weltweit am meisten verbreitete Form von Gewalt gegen Frauen. Die gängige Berichterstattung als Einzelfall verschleiern die Dimension dieser Form der Gewalt gegen Frauen und trägt dazu bei, dass solche Taten kein politisches Top-Thema sind. «Die Taten werden medial wie unfassbare Einzelfälle abgehandelt, die aus heiterem Himmel passieren», bloggte die österreichische Journalistin Nicole Schöndorfer. «Die Frau hat etwas getan und daraufhin ist der Mann ausgerastet. Dieses Narrativ ist nicht nur irreführend, sondern vor allem gefährlich, denn es rechtfertigt Gewalt von Männern zumindest implizit als eine Reaktion auf das Verhalten einer Frau.» Der Angriff eines Mannes auf eine Frau werde nie mit seinem Unvermögen erklärt, auf Zurückweisung, Kränkung oder Verlust gewaltfrei zu reagieren. Gefährliche Vorstellungen von Männlichkeit und Frauenhass seien kein Thema.

#### Politisches Nischenthema

Den Grund dafür sieht Schöndorfer in der patriarchalen Gesellschaft: «Zum System gehören Medien, Politik, Polizei und Justiz. Sie alle sind dafür verantwortlich, dass die Situation für Frauen so ist, wie sie ist: unsicher.» Mittlerweile gebe es zwar gute Gesetze und internationale Vereinbarungen, die allerdings in der Praxis zu wenig bewirken. Gewalt von Männern gegen Frauen sei trotz epidemischer Ausmaße politisch weiterhin nur ein Nischenthema. Niemand wolle für den Kampf gegen diese Gewalt Geld in die Hand nehmen.

(www.frauensicht.ch)



### Neue Adressdatenbank des bundesweiten Hilfetelons „Gewalt gegen Frauen“

Das bundesweite Hilfetelons „Gewalt gegen Frauen“ macht auf eine neue „Adressdatenbank“ aufmerksam, die künftig als „Lotse zu den Fachberatungsstellen sowie anderen Einrichtungen vor Ort“ zur Verfügung stehen soll. „Bei Bedarf geben die Beraterinnen Adressen und Telefonnummern der örtlichen Beratungsstellen an Hilfesuchende weiter,“ teilte die Leiterin des Hilfetelons, Petra Söchting, mit. Im Zuge der Erneuerung des Adressdaten-Servers sei es allerdings „dringend erforderlich, dass sich relevante Einrichtungen des Hilfesystems ab sofort erneut registriert waren.“ Die Daten, so betont, würden „ausschließlich für die fallbezogene Beratung beim Hilfetelons verwendet“. Login: [www.adressen-hilfetelons.de](http://www.adressen-hilfetelons.de)

(fpd 01.04.19)

**Katrin Wilkens: Mutter schafft! Es ist nicht das Kind, das nervt, es ist der Job, der fehlt**

Westend Verlag, 1. März 2019, 224 Seiten, EUR 18,00

ISBN: 978-3-86489-246-2

Ohne Beruf droht Frauen Altersarmut

Immer noch bekommen Frauen nur die Hälfte der Rente, immer noch gibt es den gender-pay-gap und immer noch konkurrieren Mütter darum, wer die besten Dinkelkekse bäckt. Der gelungene und passgenaue Wiedereinstieg in den Beruf gerät für junge Frauen zur größten Herausforderung ihres eh schon dichten Lebens zwischen 35 und 50. Katrin Wilkens hat 1000 Frauen geholfen, den passenden Job zu finden: die erlösende Vision – oder schlicht das Machbare, das funktioniert. Sie führt in diesem Buch die Ursachen für die Schwierigkeiten an und erklärt den Kreativitätsansatz, mit dem sie arbeitet, so dass irgendwann der Dinkelkeks-Battle nicht mehr die Altersarmut zur Folge hat. Ein wütender Aufschrei, der jungen Frauen Mut macht.

Über die Autorin:

Katrin Wilkens ist freie Journalistin und schreibt seit 2000 unter anderem für die Zeit, den Spiegel, die Süddeutsche, taz, Nido, FAZ und Titanic. Wilkens wurde im Jahr 1971 geboren, studierte Rhetorik und arbeitete als Trainerin in der Weiterbildung. Inzwischen ist sie erfolgreich bei i.do tätig, wo sie Müttern nach der Babypause hilft, einen maßgeschneiderten Job zu finden. Sie lebt mit ihrem Mann und ihren drei Kinder in Hamburg.

Westend Verlag GmbH

Neue Kräme 28

60311 Frankfurt

gruenhagen@westendverlag.de

Tel.: 069 / 24 750 18-10

Fax: 069 / 24 750 18-20